

Heiners dreizehnter persönlicher Brief, diesmal nicht aus dem Bundeshaus, sondern aus Flims/Flem

Herbstsession, 18. September - bis 6. Oktober 2006

Die Herbstsession 2006, welche wegen der Renovation des Bundeshauses in Flims/Flem im Kanton Graubünden stattfand, ist vorbei. Ich werde immer wieder gefragt, wie es war. Darauf gebe ich gerne Antwort. Doch vorerst berichte ich von meinem Erleben bei den Verhandlungen des Nationalrates. Daraus wird ersichtlich, dass es sich, was die Arbeit betrifft, um eine ganz gewöhnliche Session handelte. Trotz der wunderbaren Bergluft waren die Entscheide nicht besser (aber auch nicht schlechter) als in Bern. Einzig der Mittwochnachmittag der ersten Sessionswoche und der Mittwoch der zweiten Sessionswoche ab 11 Uhr wurden für Exkursionen oder für ein persönliches Programm freigelassen. Die Präsenz in der zum Nationalratsaal umfunktionierten Tennishalle war recht hoch, weil wir in Flims nicht über den Pager informiert werden konnten, sondern selber aufpassen mussten, wann Zeit für Abstimmungen war.

5. IV-Revision, fertig beraten, doch Finanzierungsvorlage noch nicht klar

Am 18.9.2006 unterstützte ich erfolglos den Ordnungsantrag, mit der Schlussabstimmung über die 5. IV-Revision zuzuwarten, bis auch die Finanzierungsvorlage vorliegt. Ich stellte in der Debatte fest, dass die grosse Koalition der Bundesratsparteien immer wieder Vereinbarungen verkündet, aber kaum je echte Reformen zustande bringt. Da es eine Zusatzfinanzierung braucht, müssten beide Vorlagen, getrennt abgestimmt, gleichzeitig vorliegen. Die 5. IV-Revision wurde in der Schlussabstimmung vom 6.10.2006 genehmigt. Auf die Debatte über die Finanzierungsfrage dürfen wir gespannt sein.

Neuer Finanzausgleich (NFA), Ausführungsgesetzgebung unter Dach

Die bedeutungsvollste Vorlage dieser Herbstsession war die Ausführungsgesetzgebung zum Neuen Finanzausgleich. Am 27. November letzten Jahres wurde die Verfassungsgrundlage von Volk und Ständen genehmigt. Ich war für die EVP/EDU-Fraktion Mitglied der vorberatenden Kommission. Beim *Eintreten* führte ich am 19.9.2006 u.a. aus, dass wir aufpassen wollen, dass dort, wo es im Sozialbereich, also bei AHV, IV usw. Übergänge vom Bund zu den Kantonen gibt, diese garantiert ohne Leistungsabbau vorgenommen werden. Es geht um eine neue Aufgabenzuteilung, nicht um eine Spar- oder Ausbauvorlage. Beim *Beschwerderecht für anerkannte Behindertenorganisationen* engagierte ich mich am 19.9.2006 für die Einführung und ergänzte auf eine Zwischenfrage von Caspar Baader (SVP), dass ich als kommunales Behördemitglied für das Beschwerderecht in vielen Bereichen einstehe. Ebenfalls am 19.9.2006 äusserte ich mich zum Stipendienbereich; die inhaltlichen Fragen sind gesondert durch die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur anzupacken. Bei der Differenzbereinigung mit dem Ständerat am 28.9.2006 sprach ich mich in einem von den Waadtländer Ratsmitgliedern beanstandeten Bereich für die Zustimmung zum Ständerat aus; dies führte dazu, dass mir Roger Nordmann (SP/VD) eine kritische Zwischenfrage stellte, welche ich gerne beantwortete. Somit konnte in der Herbstsession im Nationalrat als Zweitrat die ganze umfassende Vorlage behandelt werden, inkl. anschliessende Differenzbereinigung zwischen Ständerat und Nationalrat. Am 6.10.2006 fand die Schlussabstimmung in beiden Räten statt. Ein Referendum ist nicht zu erwarten.

Biersteuergesetz, mit Jugendschutzbestimmung genehmigt

Bei der Biersteuer nahm der Nationalrat eine Jugendschutzbestimmung auf, welche der Ständerat bekämpfte. Bei der Differenzbereinigung engagierte ich mich am 21.9.2006 erfolgreich für das Festhalten am Jugendschutz (dem sich schliesslich auch der Ständerat bei der weiteren Bereinigung nicht mehr widersetzte).

Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat diesen politischen Willen ernst nimmt. Dem Gesetz stimmten beide Räte am 6.10.2006 in der Schlussabstimmung zu. Leider gibt es dabei keine Steuererhöhungen.

Änderung des Waffengesetzes noch nicht zu Ende beraten

Der Nationalrat begann mit der Beratung einer Änderung des Waffengesetzes. Es geht dabei um die Anpassung an die Bilateralen Abkommen Schengen/Dublin mit der Europäischen Union. Am 27.9.2006 engagierte ich mich namens meiner Fraktion erfolglos für eine Streichung des Artikels, welcher im Rahmen des Gesetzes ein Recht auf Besitz, Halten und Tragen von Waffen gewährleistet. „Unser Rechtsstaat soll gut ausgebaut sein, und er soll auch die Mittel erhalten - polizeiliche und andere - , damit er möglichst viel Sicherheit garantierten kann. Deshalb soll das Gewaltmonopol beim Staat sein.“ Das Gesetz wird in der Wintersession weiterberaten werden.

Für mehr Mittel für Bildung und Forschung

Schliesslich beteiligte ich mich am 5.10.2006 namens der EVP-Nationalräte an der organisierten Debatte über die zukünftigen Mittel für Bildung und Forschung. Es ging um die Vorbereitung der entsprechenden Botschaft des Bundesrates für die Jahre 2008 – 2011. Die vom Bundesrat vorgesehene jährliche Erhöhung um 4,5% wird nicht reichen. In diesem Falle müssten z.B. die Kantone bei der Berufsbildung stärker beteiligt werden. Nach den Debatten im Ständerat und im Nationalrat weiss der Bundesrat, dass man von ihm mehr Engagement erwartet.

Zivildienst und Eurpabericht auf die Wintersession verschoben

Nachdem der Ständerat den Text meiner Motion für die Abschaffung der Gewissensprüfung bei der Zulassung zum Zivildienst etwas geändert hatte, konnte dieser Vorstoss in der Herbstsession im Nationalrat nicht mehr bereinigt werden. Die Behandlung wurde auf die Wintersession verschoben. Beim Europabericht des Bundesrates bin ich deutschsprachiger Referent der Aussenpolitischen Kommission. Aus Zeitmangel wurde auch dieser Bericht nicht mehr behandelt.

Konfrontation und Zusammenarbeit im Nationalrat

Intensiv debattierte der Nationalrat über den Armeeumbau. Dank einer unheiligen Allianz von SP/Grüne auf der einen Seite und SVP auf der anderen Seite, wurde der vorgesehene Armeeumbauschritt abgelehnt. Den einen geht der Bundesrat zu wenig weit, den anderen zu weit. Ein Kompromiss ist im Moment nicht in Sicht. Dies ist ein Zeichen für die zunehmende Polarisierung. Der Neue Finanzausgleich, die Änderung des Natur- und Heimatschutzgesetzes, das Bundesgesetz über den Infrastrukturfonds für den Agglomerationverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen – allen wurde am Ende der Herbstsession zugestimmt – sind Zeichen für lösungsorientiertes Handeln. Die Sofortmassnahmen zur Ehepaarbesteuerung sind ein positiver, jedoch zu zaghafter Schritt für eine bessere Familienbesteuerung; zu unterschiedliche Positionen zur Form der Ehegattenbesteuerung blockierten eine nachhaltige Lösung.

Parlamentarische Vorstösse.

Im Zusammenhang mit der weltweiten Oelverknappung reichten wir drei EVP-Nationalräte in der Sondersession am 8.5.2006 ein Bündel Vorstösse mit konkreten Massnahmen ein. Meine Interpellation betreffend Bessere Auslastung der Fahrzeuge beantwortete der Bundesrat am 22.9.2006. Ich bin mit der Antwort teilweise befriedigt. Meine Interpellation für Tiefere Tempolimiten auf Autobahnen beantwortete der Bundesrat ebenfalls am 22.9.2006. Von der Antwort des Bundesrates bin ich nicht befriedigt. Meine Motion für eine Oekologische Steuerreform lehnte der Bundesrat am 13.9.2006 ab. Für diese Motion werde ich, wenn sie im Nationalrat zur Behandlung kommen wird, kämpfen.

Urlaub für ausserschulische Jugendarbeit. Am 23.6.2006 fragte ich den Bundesrat an, ob er bereit ist, eine Gesetzesänderung zu unterbreiten, um die Alterslimite für den unbezahlten Urlaub für ausserschulische Jugendarbeit ganz oder teilweise aufzuheben. In seiner Antwort vom 13.9.2006 lehnte der Bundesrat eine Erweiterung der Alterslimite ab.

Am 5.10.2006 reichte ich eine Motion für eine Strukturelle Aufteilung der Swisscom ein. Ziel des Vorstosses ist es, die Swisscom in eine Infrastrukturgesellschaft (im Eigentum der öffentlichen Hand) und in eine Dienstleistungsgesellschaft (privatisiert) aufzuteilen. Diesen Vorstoss reichte ich aufgrund der Vorarbeit durch Fachleute in der EVP ein.

Am 6.10.2006 reichte ich eine Interpellation betreffend Bundesrat Blochers Äusserung zur Antirassismus-Strafnorm ein. Wir EVP-Nationalräte waren von seinen Aussagen in Ankara schockiert. Wir erwarten vom Bundesrat eine Distanzierung und eine klare Haltung für diese Strafnorm. Am gleichen Abend konnte ich diese Überlegungen in der Arena des Schweizer Fernsehens begründen.

Die Texte meiner Vorstösse, mit Begründungen und Antworten des Bundesrates, sind u.a. zu lesen unter www.heinerstuder.ch, Politisches, parlamentarische Vorstösse. Bei den neuen Vorstössen geht es eine Weile, bis die ganzen Texte veröffentlicht sind.

Wintersession, Montag, 4. - Mittwoch, 20. Dezember 2006 im Bundeshaus in Bern. Infolge Renovationsarbeiten wird die Session eine Woche später als üblich beginnen und wegen Weihnachten bereits im Laufe des Mittwochs der dritten Sessionswoche beendet sein. Gäste, welche die Verhandlungen mitverfolgen wollen, sind auch in der Wintersession herzlich willkommen. Eine Besichtigung des Bundeshauses wird allerdings nicht möglich sein.

Mit herzlichen Grüssen

Heiner

Heiner Studer, Austr. 17, 5430 Wettingen, Tel. 056 426 50 55
heinerstuder@hotmail.com, heiner.studer@parl.ch
Nationalrat: Tel. 031 322 99 11, Fax 031 322 78 04 (während den Sessionen)

Schweizerische Hundegesetzgebung wird angepackt

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrates hatte bereits am 28.4.2006 eine Parlamentarische Initiative von Pierre Kohler (CVP/JR), welche ein Kampfhundeverbot will, zu beraten. Die Kommission stimmte diesem Begehren im Sinne des Handlungsbedarfes zu. Wenn die zuständige Parlamentskommission Handlungsbedarf feststellt, geht der Vorstoss zur Behandlung an die gleiche Kommission der anderen Kammer. Aus diesem Grunde vertrat ich am 28.8.2006 diesen Vorstoss vor der WBK Ständerat. Diese entschied ebenfalls, dass Handlungsbedarf im Sinne einer gesamtschweizerischen Lösung besteht. Als Folge davon beschloss die WBK Nationalrat am 15.9.2006 die Einsetzung einer Subkommission. Das Büro des Nationalrates genehmigte am 25.9.2006 die Bildung dieser Subkommission. Der 6-köpfigen Subkommission gehören je ein Mitglied der in der Kommission vertretenen Fraktionen an. Die WBK wählte mich zum Präsidenten der Subkommission. Weil bei der Besetzung von Subkommissionen dem Parteienproporz üblicherweise eine grosse Bedeutung zukommt, ist es nicht selbstverständlich, dass mich die WBK zum Präsidenten wählte. Unser Auftrag besteht darin, eine gesamtschweizerische Lösung zu erarbeiten. Dieses Vorgehen war leider notwendig, weil der Bundesrat nicht bereit war, den vom Parlament übertragenen Auftrag zu erfüllen. Das Parlament als Gesetzgeber kann auch gegen den Willen des Bundesrates gesetzgeberisch aktiv werden.

„Gehört zu den Unliberalsten im Rat“

Dies schrieb die „NZZ am Sonntag“ am 24.9.2006 über mich. Die Wochenzeitung beurteilte, wer gesellschaftsliberal und wer wirtschaftsliberal ist. Von daher ist mein Rang 187 naheliegend. Bei den gesellschaftspolitischen Fragen, z.B. Schwangerschaftsabbruch, embryonale Stammzellenforschung, bin ich wertkonservativ. Im wirtschaftlichen Bereich bin ich für den Erhalt eines sinnvollen „Service Public“ und für eine Wirtschaftspolitik des sozialen Ausgleichs. Somit kann ich mit dieser Feststellung sehr gut leben.

Allegra Heiner salids cordials Andrea

So begann und endete eine E-mail von Andrea Rassel, manader da projects (Projektleiter) der Lia Rumantscha vom 10.10.2006. Obwohl in Flims, im Gegensatz zum nachbarlichen Laax, kaum Rätoromanisch gesprochen wird, hatte die rätoromanische Sprache in dieser Herbstsession eine grosse Bedeutung. Andrea Rassel und viele Bündnerinnen und Bündner leisteten da hervorragende Arbeit.

Im Jahre 1993 führte das Parlament (bevor ich im Rat war) eine Session in Genf durch. Die Frühjahrsession 2001 erlebte ich in Lugano im Tessin. Diese Session brachte auf jedem Fall mir die Anliegen der italienischsprachigen Schweiz, zu welcher auch Italienischbünden gehört, näher. Seither habe ich auch ein paar gute Freunde im Süden. In den Jahren 2006 – 08 wird unser Parlamentsgebäude, das Bundeshaus, umgebaut und saniert. Es war damit klar, dass diese Herbstsession nicht im vertrauten Hause durchgeführt werden konnte. Die Stadt Bern und der Kanton Graubünden bekamen die Chance, sich als Gastgeber für diese Session zu bewerben. Die bernische Variante hätte 1,3 Mio. Franken gekostet. Die bündnerische Variante machte eine Summe von 1,7 Mio. Franken aus. Sie überzeugte das Büro des Nationalrates. Nach dem Ständerat entschied sich auch der Nationalrat klar für Flims.

In vielen Medien wurde vor allem über das Luxushotel Waldhaus und die dort angebotene Wellness berichtet. Für unsere Fraktion war es von Anfang an klar, dass wir nicht in diesem Hotel hausen wollten. Wir EVP-Nationalräte übernachteten im Hotel „Des Alpes“. Als Parlamentsmitglieder erhalten wir pro Nacht Fr. 170 ausbezahlt, unabhängig davon, ob wir in Bern tagen oder anderswo. Dies einige erklärende Informationen auf Fragen, die mir immer wieder gestellt werden.

Neben den Ratssitzungen war der zeitliche Freiraum begrenzt. Am ersten Mittwoch verzichtete ich auf die Teilnahme an einer der drei angebotenen Exkursionen. Mit zwei Kollegen anderer Fraktionen nahm ich das Mittagessen ein, mit einem anderen Kollegen traf ich mich zum Abendessen. Solche Begegnungen sind wichtig. Dazwischen war ich vier Stunden im Arbeitsraum des Parlamentes an der Arbeit. In der zweiten

Sessionswoche nahm ich bei strahlendem Sonnenschein sehr gerne am Ausflug ins Engadin teil. In Pontresina und Zernez bekamen wir sehr eindrückliche Informationen. Dass gleichzeitig bündnerische Spezialitäten serviert wurden, war naheliegend.

Am Montag der dritten Sessionswoche nahm ich u.a. am Aperó der Jugendsession teil. Dieser alkoholfreie Aperó wurde erfreulicherweise von der Blue Cocktail Bar, einem Angebot der Blaukreuzjugend, serviert.

In der dritten Sessionswoche verzichteten am Dienstagnachmittag die meisten Fraktionen auf die üblichen Fraktionssitzungen. Verschiedene sportliche Betätigungen wurden angeboten. Weil mich meine fussballinteressierte Frau Marit von Montagabend bis Mittwochvormittag besuchte, begleiteten wir den FC Nationalrat zu seinen Spielen gegen den FC Grossrat Graubünden und gegen eine gemischte Mannschaft Prominente/Veteranen von Laax. Zu den Prominenten gehörten die Skifahrer Paul Accola, Urs Lehmann und Daniel Mahrer sowie der frühere Mister Schweiz Renzo Blumenthal. Nach den enttäuschenden Resultaten des FC Nationalrat fand im Festzelt bei strömendem Regen ein gemütliches Fest statt. Am Donnerstagabend, 5.10.2006, fand in Laax, das unmissverständlich rätoromanischsprachig ist, die Schlussfeier statt. Es war ein eindrückliches Fest der Begegnung. Höhepunkt bereits am Anfang war die humorgespickte Ansprache von Bundespräsident Moritz Leuenberger.

Am Dienstag der ersten Sessionswoche reisten wir EVP-Nationalräte nach der Fraktionssitzung nach Chur. Dort führten wir eine Sitzung der Geschäftsleitung der EVP der Schweiz und anschliessend einen Informationsabend für an der EVP Interessierte des Kantons Graubünden durch. Gerne hoffe ich, dass sich daraus etwas Sichtbares für eine zu gründende EVP Graubünden ergeben wird. Wir hatten darauffolgend mehrere Interessierte aus dem Kanton Graubünden in Flims zu Besuch. Ich benützte die Gelegenheit zu persönlichen Begegnungen mit Freunden und lernte so die bündnerische Spezialität „Capuns“ kennen.

Gerne denke ich an alle motivierten „Voluntari“ (Freiwillige) sowie an die Soldaten und Polizisten, welche in Flims in aufgestellter Weise für unser Parlament tätig waren.